

Andreas Jung MdB
Bezirksvorsitzender

Damen und Herren
- Mitglieder des Bezirksvorstandes
- Kreisvorsitzende
- Kreisgeschäftsführer/innen mit der Bitte
um Weitergabe an alle Kreisvorstandsmitglieder,
Bezirksparteitagsdelegierten sowie weitere
Mitglieder (via Mailverteiler)

CDU-Bezirksgeschäftsstelle
Eisenbahnstr. 64
79098 Freiburg

Telefon 0761 38762 14
Telefax 0761 38762 18

post@cdu-suedbaden.de
www.cdu-suedbaden.de

6. Juli 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Unionsfreunde,

am Samstag haben wir beschlossen, dass der neue Landesvorsitzende im Wege einer Mitgliederbefragung gewählt werden soll. Ich habe diesen Antrag am Sonntag dem amtierenden Landesvorsitzenden Stefan Mappus gesendet und um eine entsprechende Beschlussfassung gebeten.

In einer zur Beratung hierzu einberufenen Telefonkonferenz des Präsidiums am Montag konnten wir erreichen, dass für Dienstag Abend kurzfristig eine Sondersitzung des CDU-Landesvorstands einberufen wurde. Einziger Tagesordnungspunkt war unser Antrag. Wir südbadischen Landesvorstandsmitglieder haben in der über dreistündigen Sitzung mit großer Geschlossenheit für unsere Initiative gekämpft. Mit Wortmeldungen haben dies neben mir ausdrücklich Helmut Rau, Barbara Fink und Dr. Norbert Nothhelfer unterstützt. Aufgrund der Kurzfristigkeit der Einladung konnten sowohl aus unserem Bezirksverband als auch insgesamt nicht alle Vorstandsmitglieder teilnehmen. Die ganz überwiegende Zahl der Gegner einer Mitgliederbefragung war nicht grundsätzlich gegen eine Mitgliederbefragung, aber gegen eine Verschiebung des Parteitags.

Landesgeschäftsführer Florian Weller hatte in der Sitzung dargelegt, warum die Durchführung einer Befragung vor dem für den 23. Juli vorgesehenen Landesparteitag aus Sicht der Landesgeschäftsstelle nicht möglich sei. Mit 14:6 Stimmen lehnte der Landesvorstand unseren Antrag schließlich ab. Die beiden Bewerber und eine weitere Person enthielten sich. Die übereinstimmende Einschätzung von uns Südbadenern war: Wäre die durch mehrere Bewerbungen entstandene Situation früher eingetreten und für die Durchführung einer Befragung eine Verlegung des Parteitags damit als nicht notwendig erachtet worden, hätte unser Antrag eine sehr gute Chance gehabt. Dies zeigt eine weitere Abstimmung unmittelbar danach: Einstimmig empfiehlt der CDU-Landesvorstand dem Parteitag am 23. Juli schon jetzt die Grundsatzentscheidung zu treffen, dass über die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl durch Mitgliederbefragung entschieden wird.

Die gemeinsame Bewertung von uns südbadischen Vertretern war daher: Wir bedauern, dass unser Antrag abgelehnt wurde. Die Mitgliederbefragung wäre eine Chance für die

CDU Baden-Württemberg gewesen. Als Demokraten akzeptieren wir aber, dass es nach ausführlicher Debatte eine andere Mehrheit gegeben hat. Die Entscheidung für eine Mitgliederbefragung über die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl ist ein Erfolg für die CDU Südbaden. Nur durch unsere Initiative wurde die Sondersitzung erzwungen. Ohne die Dynamik, die von Titisee ausgegangen ist, wäre dieser Beschluss nicht gefasst worden. Es ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Mitgliederrechte und ein klares Signal für Parteiarbeit von unten nach oben.

Im einzelnen:

Telefonkonferenz am Montag

In dieser habe ich von unserer Diskussion berichtet und dafür geworben, dass ein Mitgliederentscheid durchgeführt wird. Insbesondere habe ich darauf hingewiesen, dass der Antrag mit einer Mehrheit von rund 95 Prozent der Delegierten beschlossen wurde. Die Präsidiumsmitglieder waren mit ganz überwiegender Mehrheit gegen unseren Antrag. Durch unsere Initiative konnten wir aber erreichen, dass für den gestrigen Dienstag Abend eine Sondersitzung des Landesvorstands einberufen wurde. Einziger Tagesordnungspunkt war die Beratung unseres Antrags.

Landesvorstandssitzung

Wir südbadischen Landesvorstandsmitglieder haben in großer Geschlossenheit für unseren Antrag gekämpft. Dabei haben wir die Argumente eingebracht, die auch auf dem Bezirksparteitag diskutiert wurden:

- Es gibt eine neue Situation, weil es nun mehrere Bewerber für das Amt des Landesvorsitzenden gibt. Für diese Situation hatte der Landesvorstand noch keinen Beschluss gefasst. In der Landesvorstandssitzung nach der Basiskonferenz in Sindelfingen wurde lediglich eine Mitgliederbefragung bei nur einem Bewerber abgelehnt. Eine Annahme unseres Antrags wäre also keine Abkehr von der bisherigen Beschlussfassung.
- Parteiarbeit funktioniert von unten nach oben. Deshalb müssen Mitgliederrechte gestärkt werden.
- Eine Mitgliederbefragung würde zu einer stärkeren Motivation der Mitglieder führen. Es würde in der konkreten Frage deutlich, warum es sich lohnt CDU-Mitglied zu sein.
- Eine Wahl durch Mitgliederbefragung würde zu einer besonders starken Legitimation des gewählten Landesvorsitzenden führen.
- Mitgliederbefragungen können eine positive Wirkung für die Partei entfalten. In Baden-Württemberg haben wir Erfahrung mit der Mitgliederbefragung Oettinger/Schavan im Jahr 2004. Die jüngsten Mitgliederbefragungen über die CDU-Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen und Hamburg werden in den jeweiligen Landesverbänden durchweg positiv gesehen.

Gegenargumente

Als Gegenargumente wurden insbesondere die Kosten und der Zeithorizont genannt.

Kosten

Schatzmeister Hans Reichenecker erklärte, die Landes-Partei könne die Kosten einer Mitgliederbefragung nicht schultern. Ich wies demgegenüber darauf hin, dass eine Mitgliederbefragung deutlich billiger durchgeführt werden könnte als jene im Jahr 2004. Damals wurde allen Mitgliedern auch das Rückporto erstattet. Dies habe ich nicht als zwingend erforderlich gesehen. Bei den Befragungen in NRW und in Hamburg wurde dies nicht erstattet. Der Schatzmeister erklärte, auch ohne die Erstattung von Rückporto würde eine Mitgliederbefragung 70.000 Euro kosten. Zusätzliche Kosten würden bei einer Verlegung des Parteitags durch die Stornokosten für die angemietete Halle entstehen. Wir argumentierten, dass hier nichts anderes gelte als bei öffentlichen Wahlen: Demokratie kostet Geld.

Verschiebung des Parteitags

Als weiteres Gegenargument wurde dann ins Feld geführt, die Durchführung einer Mitgliederbefragung sei vor dem für den 23. Juli vorgesehenen Parteitag nicht mehr möglich.

In der Telefonkonferenz des Präsidiums hatte ich darauf hingewiesen, dass im Jahr 2004 zwischen dem Beschluss des Landesvorstandes zur Durchführung der Befragung und der Bekanntgabe des Ergebnisses 27 Tage lagen. Montag waren es noch 20 Tage bis zum Landesparteitag. Allerdings galt 2004 eine zweiwöchige Rückmeldefrist. Ich vertrat den Standpunkt, dass auch eine einwöchige Frist ausreichend sei und dass es folglich möglich sein könne, die Befragung in den 20 verbleibenden Tagen rechtzeitig zum Parteitag durchzuführen. Dies wurde vehement bestritten. Ich bat daher darum, bis Dienstag detailliert auszuführen, warum eine Mitgliederbefragung vor dem Parteitag nicht mehr möglich sein soll.

Landesgeschäftsführer Florian Weller legte in der dem Landesvorstand vorgeschalteten Präsidiumssitzung am Dienstag und in der darauffolgenden Vorstandssitzung folgende Zeitrechnung vor:

6 Tage für die Vorbereitung des Verfahrens durch Klärung der Finanzierung, Bestellung eines Notars, Bestellung eines Wahlvorstandes (2004 drei Rechtsanwälte, die von beiden Bewerbern akzeptiert wurden), Bestellung einer Zählkommission, Verträge für Druckdienstleister und Versand, Erstellung Anschreiben Landesverband sowie für die Setzung einer Bewerbungsfrist für weitere potenzielle Kandidaten sowie für Vorbereitung und Durchführung einer Landesvorstandssitzung, in der über das Verfahren im einzelnen entschieden wird.

1-2 Tage für die Produktion der Wahlunterlagen

mind. **5 Tage** für die Individualisierung der Mitgliederbriefe

mind. **4 Tage** für den Postversand. Wegen der Kostenfrage sei der Versand der Sendung (schwerer als 20 Gramm) überhaupt nur mit Infopost denkbar. Bei der Infopost könne die Post aber nur eine Zustellung am vierten Tag nach der Auslieferung garantieren.

7 Tage Rückmeldefrist. Eine kürzere Frist wäre sicherlich nicht angemessen.

2 Tage Auszählung

Demnach würde das Verfahren 26 Tage in Anspruch nehmen. Zwischen Präsidiums- und Vorstandssitzung habe ich bei Florian Weller wegen jedes einzelnen Punktes nachgefragt. Die Angaben beruhen jeweils auf eigenen Erfahrungen, Nachfragen bei den CDU-Landesverbänden NRW und Hamburg, bei der Post, dem Unionsverlag etc.

Selbst wenn man an der ein oder anderen Stelle ein schnelleres Vorgehen für denkbar hält - z.B. Auszählung in einem Tag - wäre nach dieser Rechnung eine Verschiebung des Landesparteitages (ab gestern Abend 19 Tage) notwendig gewesen.

Gegen eine solche Verschiebung gab es jedoch von Seiten zahlreicher Vorstandsmitglieder erhebliche Bedenken. Im Kern gab es die Sorge, man würde über die Sommerpause hinweg eine Personaldiskussion führen und sei im politischen Wettstreit nicht handlungsfähig. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund einer möglichen Volksabstimmung über Stuttgart 21 im Herbst von Nachteil gegenüber den politischen Wettbewerbern.

Ich argumentierte dementgegen, dass beide Sorgen unbegründet sind, selbst wenn der Parteitag verschoben werden müsste. Auch nach der Rechnung von Florian Weller könne eine Mitgliederbefragung bis spätestens Anfang August abgeschlossen werden. Damit wäre die Entscheidung über den neuen Vorsitzenden getroffen, er könne dann von einem Parteitag im September bestätigt werden. Wir hätten also keine Führungsdebatte und wären voll handlungsfähig.

Ergebnis

Eine Mehrheit ist letztlich unseren Argumenten nicht gefolgt. Fast alle Gegner unseres Antrags argumentierten allerdings nicht grundsätzlich gegen eine Mitgliederbefragung. Lediglich eine Verschiebung des Parteitags am 23. Juli als Konsequenz lehnte die Mehrheit der Antragsgegner ab.

Mitgliederentscheid Spitzenkandidatur

Nach Ablehnung unseres Antrags sprach der Landesvorstand einstimmig die Empfehlung an den Landesparteitag am 23. Juli aus, den Spitzenkandidaten zur Landtagswahl durch Mitgliederbefragung zu nominieren.

Unterm Strich bleibt meiner Meinung zu sagen:

Wir haben unseren Antrag nicht durchsetzen können, aber einen entscheidenden Fortschritt für Mitgliederbeteiligung in der CDU Baden-Württemberg erreicht.

Sollten Sie Rückfragen zu der Thematik haben, kommen Sie bitte gerne auf mich zu.

Mit freundlichen Grüßen,

Andreas Jung
Bezirksvorsitzender